

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis halbjährlich 66 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Verkehr monatlich 1,50 Mk. Einzelnummern 10 Pf. Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtskasse Neuenbürg Zweigt. Wildb. : Bankkonto: Enztalbank Komm.-Gef. Haberle & Co. Wildbad. : Postkontos Stuttgart. 28 174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bez. Grundr. 15 Pfg., außerh. 20 einchl. Inf.-Steuer. Kellamzelle 40 Pfg. : Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auslieferungstellung werden jeweils 10 Pfg. mehr berechnet. : Schluß der Anzeigennahme tägl. 8 Uhr vorm. : In Konturfällen od. wenn gerichtl. Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachlassgewähr weg.

Druck, Verlag u. Hauptchriftleitung Theodor Gae. Für den lokalen Teil verantwortl. Carl E. Hum in Wildbad

Nummer 43

Februar 1929

Montag, den 22. Februar 1926

Februar 179

61. Jahrgang

Der polnische Locarnogeist

Als vor etwa vier Wochen der berühmte polnische Westmarkenverein zu einer Propagandawoche aufrief, wurden die Kundgebungen, die von unerhörten Beschimpfungen gegen die Deutschen in Polen und gegen das Deutsche Reich ströhten, bedauerlicherweise nicht so beachtet, wie man es hätte erwarten müssen. War es schon bezeichnend, daß diese Hysterianstaltungen von den verantwortlichen Ministern und führenden Politikern tatkräftig unterstützt wurde, indem sich diese Persönlichkeiten durch ihre Unterschrift unter den Aufruf für die neue Ära der Deutschverfolgungen einsetzten, so hätte doch allein die Tatsache, daß der Westmarkenverein erst in jüngster Zeit von der Warschauer Regierung erhebliche Mittel für seine Hefttätigkeit erhalten hat, die Aufmerksamkeit der breiteren Öffentlichkeit auf die Zustände in Polen lenken sollen. In weiten Kreisen in Polen versteht man es einfach nicht, daß man in Deutschland so wenig Interesse an dem Schicksal der durch das Versailler Diktat vom Mutterlande losgerissenen Deutschen nimmt. Selbst Angehörige der Alliierten und Neutrals erklärten erst kürzlich wieder, daß man es in ihrer Heimat nicht begreift, daß Deutschland im Osten so vollkommen tatenlos verharret.

Als im vergangenen Jahre die Korridorfrage etwas stärker erörtert wurde, da hoffte man vielfach, daß endlich energische Schritte unternommen würden, um dieses größte Unrecht an Deutschland zu revidieren. Selbst in englischen Zeitungen setzten sich bekanntlich damals einflussreiche Politiker und Journalisten für eine Revision der deutschen Ostgrenzen ein, die eine dauernde Gefahr für den europäischen Frieden bildeten. Hätte damals eine geschickte deutsche Propaganda die Stimmung der Welt besser auszunutzen verstanden, so hätte man im Osten vielleicht doch etwas erreicht. Die ersten polnischen Drohungen genügten jedoch bereits, um die deutschen verantwortlichen Stellen zum Rückzug zu veranlassen.

Wenn man geglaubt hat, durch eine stärkere Zurückhaltung die Polen verführen zu müssen und zu können, so hat man sich wieder einmal gründlich getäuscht. Weder haben sich die deutsch-polnischen Beziehungen gebessert, noch haben die Deutschen in Polen irgend etwas von einem Locarnogeist zu spüren bekommen. Im Gegenteil: die Ereignisse der letzten Tage und Wochen beweisen, daß die Deutschenhege in Polen neuerdings systematisch wieder aufgenommen worden ist. Während sich die polnische Presse während der Verhandlungen um den Ostpakt offenbar auf einen Wind der Warschauer Regierung einer gewissen Zurückhaltung beschränkte, vergeht seit Wochen kaum ein Tag, an dem nicht die polnische Presse maßlose Separatartikel gegen Deutschland und die Deutschen in Polen richtet. An dem Verfall der polnischen Währung sollten die bösen Deutschen die Schuld tragen. Es war eine bequeme Ausrede der polnischen Presse, die durch derartige Verleumdungen Deutschlands die Aufmerksamkeit der polnischen Bevölkerung und des Auslandes von der Unfähigkeit der polnischen Machthaber, das zerrüttete Wirtschaftsleben des Landes in geordnete Verhältnisse zu bringen, ablenken wollten. Auch das Scheitern der polnischen Anleiheverhandlungen wurde auf das Schuldkonto der Deutschen gesetzt, die im Auslande den Kredit Polens zu untergraben verstanden hätten.

Nachdem der Boden für die Deutschverfolgungen so genügend vorbereitet war, holte man zu einem neuen Schlag aus. Man suchte eine weitere Rechtsgrundlage, um der Welt zu zeigen, wie gefährlich doch die Deutschen in Polen sind. Wie es so in Polen üblich ist, ging man dabei mit einer nicht zu übertreffenden Strupellosigkeit vor. Unter dem Vorwande, daß geheime deutsche Organisationen beständen, die die Sicherheit des polnischen Staates gefährdeten, wurden in Ost-Oberschlesien und in Pommerellen bei zahlreichen Deutschen Hausdurchsuchungen vorgenommen. Nach den Nachrichten aus Kattowich unterliegt es keinem Zweifel, daß diese neue Aktion von dem Westmarkenverein inszeniert worden ist, der damit seine Daseinsberechtigung beweisen wollte. Besonders tat sich bei der Pressehege der „All. Kurjer Codzienny“ hervor, der in einem Artikel „Es ist Zeit, daß Herr Strzynski italienisch redet“ von einer Spionage- und Irredenta-Organisation in Ost-Oberschlesien und Pommerellen faßte und drohend erklärte: Mussolini hat mit der Kraft und mit der Unzweideutigkeit, die seine ganze Handlungsweise charakterisiert, sich gegen die deutschen Praktiken im Alto Adige verwahrt, und Deutschland hat seine italienischen Worte verstanden. Es tut not, daß auch Herr Strzynski sich in italienischer Sprache an Deutschland wendet.

In brutalster Weise ging man gegen die Deutschen, die in der Deutschschutzbewegung eine Rolle spielen, vor. Es ist zu befürchten, daß die Vorgänge der letzten Tage nicht vereinzelt bleiben werden, daß sie vielmehr nur den Auftakt bilden für weitere Ausschreitungen gegen die Deutschen. Daß Deutschland dieser Entwicklung im Osten nicht länger ruhig zusehen kann, ist selbstverständlich. Solange die Warschauer Machthaber es an einem Verständigungswillen

Tagespiegel

Der Steuerauschuß des Reichstags beschloß nach eingehender Beratung, die Erhöhung der geschlichen Miete auf 100 Prozent erst ab 1. Juli 1926 in Kraft treten zu lassen.

Zu den Blättermeldungen über den bevorstehenden Rücktritt des erkrankten Ernährungsministers Dr. Haslunde teilt die „Germania“ mit, daß Dr. Haslunde sofort nach seiner Wiederherstellung die Dienstgeschäfte wieder übernehmen werde.

Der Generalsekretär des Völkerbunds reißt in den nächsten Tagen nach London.

Als Nachfolger des Grafen Vossdani ist Graf Aldobrandi zum italienischen Botschafter in Berlin ernannt worden.

fehlen lassen, kann Deutschland keinerlei Interesse an einem Wirtschaftsabkommen mit Polen haben, von dem man nicht erwarten kann, daß es die übernommenen Verpflichtungen loyal durchführt.

Neue Nachrichten

Wirtschaftspartei und Reichsregierung

Berlin, 21. Febr. Die Erklärungen des Reichskanzlers über die Finanzpläne der Regierung sind nicht ohne Eindruck geblieben. Die Wirtschaftspartei, die sich bis dahin fast grundtätig gegen das Kabinett gestellt hatte, ähne in ihnen ein Entgegenkommen und ziehe die Möglichkeit einer Aenderung ihrer Haltung in Erwägung. Dem Kabinett käme eine solche Aenderung sehr gelegen, nicht so sehr wegen des materiellen Gewichts, das die Wirtschaftspartei mit ihrer immerhin kleinen Stimmenzahl darstellt, als wegen des moralischen Vorteils.

Abstimmungen zum Fürstenergleich

Berlin, 21. Febr. Im Reichsausschuß des Reichstags wurde der kommunistische Antrag auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten in der Schlusabstimmung gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Die Abstimmung über den § 1 des Kompromißantrags wurde abschnittsweise vorgenommen und ergab nach Ablehnung der dazu vorliegenden Änderungsanträge mit wechselnder Mehrheit die Annahme in der Fassung der Kompromißpartei. Eine Aenderung wurde nur auf Antrag der Deutschen Volkspartei beschlossen, daß der Reichspräsident die Mitglieder des Sondergerichts „auf Vorschlag der Reichsregierung“ ernannt, auf Antrag der Demokraten, daß die beiden von den streitenden Parteien zu ernennenden Beisitzer wegfallen, so daß das Sondergericht nur aus Berufsrichtern bestehen soll.

Deutschnationaler Antrag auf Revision der Verfassung

Berlin, 20. Febr. Die deutschnationale Reichsfraktion hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, einen Ausschuß von 28 Mitgliedern einzusetzen, der die Reichsverfassung auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen einer Revision unterziehen soll, und zwar u. a. in der Richtung:

1. daß Artikel 54 aufgehoben oder mindestens im Sinne der Stärkung der Regierungsgewalt abgeändert wird,
2. daß neben dem Reichstag als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung eine Körperschaft eingeschaltet wird, deren Mitglieder nicht im Wege allgemeiner oder direkter Wahlen bestellt werden.

Der Artikel 54 bestimmt: Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht.

Pariser Polizeikommissare in Berlin

Berlin, 21. Febr. Die von der Pariser Kriminalpolizei in Sachen der Budapester Frankenfälscherassäre nach Berlin entsandten Polizeibeamten Doucet und Gravierre erschienen gestern auf dem Polizeipräsidium. Die Anwesenheit der französischen Kommissare gilt der Untersuchung technischer Einzelheiten der Frankenfälscherassäre, von untergeordneter Bedeutung vor allem der Frage, in welcher Weise die Budapester Frankenfälscher sich die Mithilfe des eben verhafteten Schulze geschickt haben. Irgendwelche politische Bedeutung ist diesem Besuch nicht beizumessen.

Die Anklageschrift gegen Barmat

Berlin, 20. Febr. In ihrer Anklageschrift von mehr als 600 gedruckten Folienseiten bezieht die Staatsanwaltschaft der „B. Z.“ zufolge zwei Brüder Barmat, darunter Julius Barmat als Hauptangeklagten, des Betrugs gegenüber der Staatsbank, ferner wegen passiver Bestechung der ehemaligen Reichspostminister Höfke und Hellwig. Gegen die anderen Barmats wird die Einstellung des Verfahrens beantragt. Hellwig wird angeklagt der Untreue und passiver Bestechung. Auch Abgeordneter Lange-Hegermann ist an-

getragt. Bei dem früheren Ministerialdirektor Kautz wird beantragt, ihn außer Verfolgung zu setzen. Der verstorbene Minister Dr. Höfke gilt als schwerer Bestechung für überführt. Der dem Reich und dem Staate Preußen zugefügte Schaden wird auf über 20 Millionen Mark geschätzt. Die Staatsanwaltschaft will in der Lage sein, ihre sämtlichen Angaben urkundlich zu belegen, so daß Zeugenauslagen in diesem Prozeß keine entscheidende Rolle spielen sollen.

Auslegung der Verkündung des Militärstrafgesetzes

Berlin, 20. Febr. Von den Regierungsparteien wurde im Reichstag ein gemeinsamer Antrag eingebracht, in dem der Reichspräsident auf Grund des Art. 72 der Reichsverfassung ersucht wird, die Verkündung des am 3. Februar im Reichstag beschlossenen Gesetzes zur Vereinfachung des Militärstrafrechts zwei Monate auszuschieben.

Italienische Rückfragen in Wien

Wien, 21. Febr. Amlich wird bekannt gegeben: Der königlich italienische Ministerpräsident hat nach Kenntnisnahme der Rede des Bundeskanzlers Dr. Kamel die Aufmerksamkeit der Bundesregierung darauf lenken lassen, daß der österreichische Gesandte von Mussolini nach der Rede im Senat empfangen worden ist und daß es sich bei diesem Besuch um eine freundschaftliche Anfrage gehandelt hat. Die österreichische Regierung hat diese Feststellung ohne weiteres entgegen genommen.

Im Gegensatz zu dieser österreichischen Darstellung, die jeden Gegensatz abstreiten möchte, berichtet „Agencia Stefani“, der italienische Gesandte in Wien habe von Mussolini den Auftrag erhalten, von Bundeskanzler Kamel über gewisse Punkte seiner Rede formelle Erfindigungen einzuholen. Eine erste Aussprache habe bereits stattgefunden. Noch schärfer aber kommt die Brüstung zum Ausdruck in den Auslassungen der offiziellen „Tribuna“. Das Blatt schreibt: „Oesterreich treibt ein doppeltes Spiel, indem es seine Selbständigkeit und Unverletzlichkeit dem Völkerbunde anvertraut und sich gleichzeitig der panzermanischen Bewegung anschließt. Oesterreichs geographische Lage als Nachbar Italiens, Südblawiens, Ungarns, der Tschechoslowakei und Deutschlands lasse nur eine gemeinsame Politik diesen Mächten gegenüber zu, keine einseitige Anlehnung an Deutschland. Besonders Italien dürfe nicht dulden, daß die Minderheitenfrage von Deutschland aufgegriffen und von Oesterreich aufgegriffen würde. Oesterreich dürfe sich nicht zum Instrument der deutschen Politik nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund machen lassen. Sollte Oesterreich trotzdem mit Deutschland im Völkerbunde zusammengehen, so könne es den Völkerbund nicht mehr als Garanten seiner Selbständigkeit und Unverletzlichkeit anrufen. Mussolini habe aber deutlich zu verstehen gegeben, daß die Interessen Italiens wichtiger seien als die des Völkerbundes. — Die italienische Presse ist im übrigen von den „notwendigen und entgegenkommenden“ Erklärungen, die Kamel dem italienischen Botschafter machte, befriedigt.“

Rußland kauft Flugzeuge

Moskau, 20. Febr. Der Rat der Volkskommissare hat den Plan des Volkskommissariats 200 Flugzeuge für die russische Armee anzukaufen, bestätigt. Die Bestellungen sollen an holländische und französische Firmen vergeben werden. Eine Kommission begibt sich hierzu in nächster Zeit nach dem Ausland.

Der deutsche Schrift in Warschau

Warschau, 20. Febr. Dienstag mittag überreichte der deutsche Gesandte im Ministerium des Äußeren die schriftliche Anfrage seiner Regierung über die Deutschverfolgungen in Oberschlesien. Die deutsche Demarche beschränkt sich auf ein Auskunftsersuchen, inwieweit von den Maßnahmen in Ostoberschlesien Reichsdeutsche betroffen worden sind. Die deutsche Fraktion des Warschauer Sejm hat eine Interpellation eingebracht, in der die polnische Regierung ersucht wird, die Untersuchungen gegen die verhafteten Deutschen in Oberschlesien zu beschleunigen und der Fehkampagne der polnischen Presse, die die Ereignisse in Polnisch-Schlesien dazu benutze, die polnische Bevölkerung gegen das Deutschtum aufzuwiegen, durch rigorose Maßnahmen seitens der Verwaltungsbehörden ein Ende zu bereiten. Gegen 18 der bisher polizeilich festgenommenen deutschen Fahrer ist gestern der gerichtliche Haftbefehl erlassen worden. Er lautet auf Verdacht des Verbrechens des Landesverrats (!). Weiterer rund 40 Deutsche befinden sich noch in den Polizeigefängnissen von Kattowich und Königshütte. Nach einer Meldung der „Agencia Wschadnia“ aus Kattowich ist in der „Spionageaffäre“ des Deutschen Volksbundes gegen 270 Personen das Untersuchungsverfahren eingeleitet worden. Die „Tägliche Rundschau“ meldet: Der deutsche Reichs- und Staatsvertreter bei der Gemischten Kommission für Oberschlesien hat dem Präsidenten Calonder gegenüber die gegen den Deutschen Volksbund in Ost-Oberschlesien gerichteten Verhaftungen und Hausdurchsuchungen sowie die durch die polnische Presse in der deutschen Minderheit hervorgerufene große Beunruhigung zur Sprache gebracht.

Deutschlands neue Verfassung

Berlin, 20. Febr. Der Reichsminister des Äußeren Dr. Stresemann gewährte am Donnerstag dem hiesigen Vertreter der „New York Times“ ein Interview, in dem er sich über die Voraussetzungen aussprach, unter denen der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erfolgen werde. Er erklärte mit voller Deutlichkeit, daß das Reich nicht die Absicht habe, seinen Eintritt in den Rat des Völkerbunds dem Arm mit Polen oder Spanien beim. beiden Ländern zu vollziehen. Es könne gegenwärtig oder in nächster Zukunft gar keine Rede davon sein, die ständige Mitgliedschaft des Rates weiter auszudehnen. Die Botsprechungen, die Deutschland auf sein Aufnahmefesthalten an die im Rat vertretenen Mächte erhalten hat, können nur so aufgefaßt werden, daß ihm ein ständiger Ratssitz unter Voraussetzung der gegenwärtigen Zusammenfassung des Völkerbundsrats zugesichert wird. Die deutsche Regierung muß es also als sicher ansehen, daß keine andere Lösung ins Auge gefaßt werden kann und daß daher alle Pressespekulationen über diesen Gegenstand jeder sachlichen Grundlage entbehren. Welche Haltung Deutschland nach seinem Eintritt in den Völkerbund gegenüber einer Vermehrung der ständigen Ratssitze einst einnehmen wird, ist im Augenblick keine akute Frage.

Tirols Einspruch

Wien, 21. Febr. Die Rede des Bundeskanzlers Ramek hat in den Großdeutschen Kreisen Tirols Enttäuschung und Entrüstung hervorgerufen. Aus diesem Grunde hat der Vollzugsausschuß der Großdeutschen Partei in Innsbruck folgende Entschließung gefaßt und veröffentlicht:

Der Vollzugsausschuß der Großdeutschen Volkspartei für Tirol verurteilt scharfste die verfehlten Schlussfolgerungen, die Bundeskanzler Ramek aus den Feststellungen über die Bedrückung der Südtiroler gezogen hat und insbesondere jenen Absatz, wonach die Südtiroler Frage eine interne Angelegenheit Italiens sei. Er verurteilt weiter die schmähliche Fassung der Erklärung, die geistlichlich den Namen Südtirol meidet und hält daran fest, daß die Südtiroler Frage vor den Völkerbund gebracht werden müsse, wenn den Südtirolern nicht die völlige Autonomie gewährleistet wird. Die Landespartei verlangt daher den Rücktritt dieses Ministeriums, das durch seine Erklärung gezeigt hat, daß es an der uns über alles stehenden Tiroler Frage kein Interesse besitzt.

Heute finden in ganz Tirol Gedächtnisfeiern zum Tode Andreas Hofers statt.

Polens Ratsitz

Paris, 21. Febr. Die „Times“ veröffentlichen heute eine anscheinend amtlich beeinflusste Feststellung, wonach keine Aussichten für Polen beständen, im März als ständiges Mitglied des Völkerbundsrats aufgenommen zu werden. Der Beschluß Schwedens siehe dagegen. Irgend welche weiteren Schritte könnten nur nach eingehenden Beratungen mit den hauptsächlichsten Mitgliedern des Völkerbunds unternommen werden, wobei Deutschland nicht ausgeschlossen würde. Die „Times“ beschränken sich lediglich auf eine Zusammenfassung der bisher bekannten Tatsachen und vermeiden es, die weitere Haltung Englands näher darzustellen. Auch der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ enthält sich jeder weiteren Bemerkung über dieses Problem und beschränkt sich auf die Wiederholung eines Berichts aus Genf, wonach man dort mit einer geringen Erweiterung des ständigen Rats durch die Aufnahme Spaniens rechnet, so daß der Rat aus sechs ständigen und sechs nichtständigen Mitgliedern bestehen würde. Das englische Oberhaus werde die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund und die Verfassung des Rats am kommenden Mittwoch erörtern.

Das Verlangen Spaniens nach einem ständigen Sitz im Völkerbundsrat findet die Unterstützung Frankreichs unter der Bedingung, daß Spanien an der Seite Frankreichs für einen ständigen Sitz zugunsten Polens eintritt. Man ist in den offiziellen spanischen Kreisen der Ansicht, daß Spanien, falls es allein auf einen ständigen Ratsitz hinarbeiten würde, auf weit geringere Widerstände stoßen würde als an der Seite Polens, und man empfindet deshalb die polnische Kandidatur als sehr störend. Jedoch hat sich Spanien in dieser Frage bisher nicht dem französischen Einfluß zu entziehen vermocht. Trotz des zeitlich nahe bevorstehenden Eintritts Deutschlands in den Völkerbundrat erscheint die Angelegenheit von hier aus diplomatisch noch nicht geklärt.

England und der türkisch-französische Vertrag

Paris, 21. Febr. Wie aus Ankara gemeldet wird, haben die Verhandlungen zwischen Tewfik Ruscchi Bey und de Jouvenel zu einem Abkommen geführt. Nach anderen Meldungen soll der Vertrag bereits gestern abend unter-

zeichnet worden sein. Der Freundschafts- und Neutralitätsvertrag regelt die verschiedenen Probleme in den Beziehungen zwischen der Türkei und Syrien, wie z. B. die türkisch-syrische Grenzfestlegung, die Polizei, die Unterdrückung der Grenzübertritte, die Zoll- und Schmuggelbestimmungen, sowie Transport-, Eisenbahn- und Unfallfragen. Nach einer Meldung der Agentur Radio sollen der Türkei gewisse territoriale Zugeständnisse gemacht worden sein. So erhalte sie z. B. einen Teil der Bagdadbahn. de Jouvenel kehrt heute nach Syrien zurück. Im Dual d'Orsay erklärt man, keine offizielle Nachrichten von einem Abschluß des gemeldeten Vertrages zu haben. Der Abschluß des französisch-türkischen Abkommens hat in London merkliche Unruhe hervorgerufen, besonders die Bestimmung, die die Neutralität der Bagdad-Bahn vorsieht. Darnach darf die Bahn, die sowohl türkisches als syrisches Gebiet durchquert, in einem Konfliktfall nicht benützt werden. Man glaubt aber in politischen Kreisen kaum, daß der Vertrag wirklich zum Abschluß kommt, da er in direktem Widerspruch zu dem französisch-englischen Orientabkommen stehe.

Konferenz über die Arbeitszeit

London, 21. Febr. Die Einladungen an Belgien, Frankreich, Deutschland und Italien zur Teilnahme an einer in London stattfindenden Konferenz über die Sicherung eines internationalen Abkommens für die Regelung der Arbeitszeit sind nunmehr an die Arbeitsminister der genannten Länder, sowie an den Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Thomas, abgeschickt worden. Als Beginn für diese Konferenz ist der Montag, 15. März, festgesetzt. Die durch das Washingtoner Abkommen über die Arbeitszeit geschaffene Lage ist wie folgt: Italien hat das Abkommen bereits ratifiziert, aber unter der Bedingung seiner Ratifizierung durch Belgien, Frankreich, Deutschland, Großbritannien und die Schweiz. Frankreich will ebenfalls ratifizieren, falls Deutschland ratifiziert. Das Abkommen ist bereits von der französischen Kammer genehmigt worden, die belgische Kammer hat eine bedingungslose Ratifizierung genehmigt.

Wahlniederlage Brasiliens

Bukarest, 21. Febr. Bei den Gemeindevahlen, die für die Zukunft der rumänischen Parteipolitik von außerordentlicher Bedeutung sind, erfocht die vereinigte Opposition in allen vier Bukarester Wahlkreisen einen glänzenden Wahlsieg. Die Niederlage Brasiliens ist vollkommen, weil die vereinigte Opposition, die sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammensetzt, drei Viertel aller Stimmen auf sich vereinigte.

Württemberg

Stuttgart, 20. Febr. Elektrifizierung der Reichsbahn. Im Anschluß an die gestrige Eröffnung der Cannstatter Industriebahn fand ein geselliges Beisammensein im Kurfaal statt, wobei Reichsbahnpräsident Dr. Sigel auch auf die Elektrifizierung der Reichsbahnen zu sprechen kam. Er wies in erster Linie darauf hin, daß die Lösung dieser Frage außerordentlich viel Geld koste, zudem fehle es Württemberg an nennenswerten Wasserkraften. Immerhin liege bereits ein fertiger Plan vor. Zunächst für die Strecke München—Ulm, dann Ulm—Stuttgart und schließlich Stuttgart—Mühlacker. Man dürfe nicht meinen, daß Stuttgart von Berlin aus zurückgesetzt werde. Aber die Elektrifizierung komme selbstverständlich nur auf Strecken in Frage, wo sie wirtschaftlich lohne. Ehe man die Strecke Osterburken—Stuttgart—Singen elektrifizieren könne, müsse sie zweigleisig ausgebaut werden. Auch verschiedene Bahnhöfe wie Eutingen—Sulz—Rottweil müßten vorher mit großen Kosten umgebaut werden. Jeder Bahnhofsbau komme auf 5—6 Millionen Mark. Es wäre früher nützlicher gewesen, statt Nebenbahnen zu bauen, solche Hauptlinien vollwertig zu machen.

Friedensmiete erst ab 1. Juli? Wie verlautet, soll bei der Reichsregierung die Absicht bestehen, den Termin für die Einführung der Friedensmiete, der auf 1. April festgelegt war, hinauszuschieben, und zwar voraussichtlich bis zum 1. Juli.

Weiterbildungskurs für Drechsler. Das Landesgewerbeamt beabsichtigt, im März d. J. einen einwöchigen Fortbildungskurs für Drechsler in Stuttgart zu veranstalten. Anmeldungen zu dem Kurs sind bis 10. März 1928 beim Sekretariat des Landesgewerbeamts in Stuttgart einzureichen.

Dom Tage. Donnerstag abend wurde in der Cannstatter-

straße eine jüngere, der Persönlichkeit nach bis jetzt noch nicht festgestellte Frauensperson von einem Personenkraftwagen angefahren und so schwer verletzt, daß sie bald darauf im Karl-Olga-Krankenhaus, wohin sie verbracht worden war, gestorben ist. Den Lenker des Kraftfahrzeugs soll an dem Unfall keine Schuld treffen. — In einem Haus der Roienbergstraße hat eine 39 J. a. Monteursehefrau in der Küche ihrer Wohnung durch Einatmen von Gas einen Selbstmordversuch verübt. Das Vorhaben konnte noch rechtzeitig entdeckt werden. Die Lebensmüde wurde nach erfolgreicher Anwendung des Sauerstoffapparats in das Katharinenhospital übergeführt.

Aus dem Lande

Holzgerlingen, Wt. Böblingen, 19. Febr. Brandstiftung. Im Gebäude des Baldschützen Gustav Schweizer brach nachts Feuer aus. Die Scheune ist bis auf den Grund niedergebrannt. Der Sachschaden wird auf 3000 M geschätzt. Es wird Brandstiftung vermutet.

Bachnang, 19. Febr. Leichenfund. Auf hiesiger Markung wurde am Mittwoch eine erhängte männliche Person aufgefunden. Da jegliche Ausweispapiere fehlten, konnte Name und Herkunft nicht festgestellt werden.

Hilbronn, 21. Febr. Förderung des Wohnungsbaus. Die Stadt beabsichtigt den Bau von 16 Wohnungen und einer Wohnbaracke mit einem Gesamtaufwand von 278 500 M, von denen 125 000 M zur Verfügung stehen, während die restlichen 153 500 M zu decken sind. Im Gemeinderat gab es darüber eine lebhafteste Aussprache. Ein Antrag, 50 neue Wohnungen zu erstellen, wurde mit Stimmengleichheit durch Stimmenscheid des Vorsitzenden abgelehnt.

Kirchhausen, Wt. Heilbronn, 19. Febr. Epidemie. Zurzeit gehen im Dorfe verschiedene Krankheiten um. Unter den Kleinen und Schulkindern herrscht der Keuchhusten, der mit Erbrechen verbunden ist. In einer Schulkasse fehlen bereits ein Drittel der Kinder. Bei den Erwachsenen tritt die Influenza auf, mit Unwohlsein und heftigem Kopfweh und Fieber, so daß viele Kranke darnieder liegen. Jedoch haben die Krankheiten noch keinen besorglichen Charakter angenommen und noch keine Opfer gefordert.

Zottelshofen Wt. Künzelsau, 21. Febr. Bauernhausbrand. Nachts brach im Wohnhaus des Landwirts Friedrich Mögler Feuer aus, dem das ganze Gebäude samt Mobiliar zum Opfer fiel. Es wird Brandstiftung vermutet.

Mergentheim, 21. Febr. Ueberschwemmung. Die letzten Tage brachten starke Niederschläge. Infolgedessen ist das Vorkochtal an vielen Stellen überschwemmt.

Ellwangen, 20. Febr. Einspruch der Jagdbesitzer. In einer Versammlung, zu der sich über 80 Besizer von Eigenjagden aus den Oberämtern Nesen, Ellwangen und Keresheim eingefunden hatten, wurde eine Entschließung angenommen, in der zu dem von der Württ. Jägervereinigung eingereichten Antrag auf Abänderung des Jagdgesetzes Stellung genommen und ersucht wird, daß bei der Neuregelung des Württ. Jagdgesetzes die Eigenjagden mit 50 Morgen erhalten bleiben sollen. Eine Änderung des Jagdgesetzes im Sinne der Württ. Jägervereinigung würde für die Landwirtschaft von großem Nachteil sein, weil dann ein übergroßer Wildstand zum Schaden der Landwirtschaft herangezogen werden könnte.

Eisingen Wt. Göppingen, 21. Febr. Einbruch. In das Zigarrengeschäft von W. Dangelmayer am Bahnhof wurde nachts eingebrochen. Die Täter, die es vor allem auf Zigaretten und Schokoladen abgesehen hatten, fanden auch noch ihr Vergnügen daran, den Tabak auf dem Boden umherzuwerfen. Die Diebe sind noch nicht erkannt.

Von der Rauben Alb, 21. Febr. Neuschnee. Nachdem der Sturmwind und die Regenschläge der letzten Tage aufgehört hatten, ist zur Abwechslung am Freitag früh Neuschnee auf der Alb gefallen. Schnee im Februar hat der Landmann gerne; ein baldiger Frühling hätte für die Felder und Obstbäume recht verhängnisvoll werden können.

Rohrau, Wt. Herrenberg, 21. Febr. Beim Holzmachen verunglückt. Der Holzhaue Ernst Maier verunglückte beim Holzmachen im Wald; es wurde ihm der linke Unterschenkel abgedrückt. Er mußte in die Chirurgische Klinik nach Tübingen übergeführt werden.

Nach bei Freudenstadt, 19. Febr. Aus Unvorsichtigkeit erschossen. Zwei junge Leute im Alter von 14 und 20 Jahren machten sich mit einer Zimmerflinte zu schaffen. Während der 14jährige die Flinte auf das Bett

Und dennoch kam das Glück . .

Original-Roman von Irene Hellmuth

15) (Nachdruck verboten.)

„Ich wünsche ja nichts sehnlicher, als dich glücklich zu sehen es ist mein einziger Gedanke! Ich habe deinen Vater fast noch nie oder doch selten um etwas gebeten, aber jetzt will ich es um deinetwillen versuchen.“

Wöllig überzeugt, daß der Vater diesmal nachgeben werde suchte Lu nach solchen Gesprächen ihr Zimmer auf und schloß den festen Schlaf der Jugend.

Am darauffolgenden Sonntag hatte sich Lu auf Drängen ihrer Mutter ein paar Freundinnen für den Nachmittag eingeladen. Frau Gertrud erhoffte davon einige Zerstreuung für ihre Tochter, die jetzt oft so trübselig vor sich hin blickte. Stundenlang sah sie oftmals da, ohne ein Wort zu sprechen, sie, die sich sonst so lebhaft und heiter zeigte.

Nur ungern hatte Lu den Wunsch der Mutter erfüllt, und als die Mädchen kamen, fanden sie Lu seltsam verändert und gaben ihrer Bewunderung darüber lebhaften Ausdruck.

„Weißt du, Lu, das ist nicht hübsch von dir, daß du dich von allem zurückziehst!“ sagten sie schmolend. „Nirgends trifft man dich mehr, weder bei unseren Lesekränzchen, noch beim Tennis oder sonstwo? Was ist denn eigentlich geschehen, daß du so anders geworden bist?“

Lu lächelte leise: „Laßt mich — später vielleicht sollt ihr alles erfahren, aber jetzt — bitte, quält mich nicht mit Fragen!“

Da Lu in ihrem Zimmer ein herrliches Piano hatte, so wurde musiziert und geungen. Aber der Tag war noch so sonnig und warm, daß die kleine Gesellschaft beschloß, den Kaffee im Park unter den Blutbuchen zu nehmen.

Ganze Berge von Kuchen schleppte der Diener herbei und Lu mußte herzlich lachen, als sie sah, wie eine Platte um die andere geleert wurde. Die Mädchen suchten fröhlich zu sein, sie lachten und scherzten wohl, aber es wollte doch keine rechte Stimmung aufkommen.

Man konnte auch nicht allzulange im Freien verweilen. Der Herbst kühlte die Tage schon merklich und als die Sonne im Westen versunken war und die herbstlichen Nebel sich senkten und last auf die halb entblätterten Sträucher des Parks legten, nahmen die Freundinnen unter Lachen und Plaudern und vielen Dankefugungen für den schönen Nachmittags Abschied.

Lu begleitete sie bis zum Parktor. Dann stand sie noch lange und sah der fröhlichen Schar nach, bis diese unter Grüssen und Winken um die nächste Ecke verschwand.

Lu wollte eben das schwere eiserne Gittertor schließen, als sie leise ihren Namen rufen hörte. Erschreckt blieb sie stehen, wie angewurzelt, und schaute in die hereinbrechende Dunkelheit.

Hinter dem nahen dicken Eschenstamm kam eine Gestalt auf sie zugestürzt, gleich darauf fühlte sie ihre Hände erfaßt, und kaum wußte sie, wie es geschah, hielt Alfred Wendland sie umschlungen und küßte in heißer Leidenschaft: „Lu, — meine Lu — ach, endlich ist es mir gelungen, dich wiederzusehen! — Entlich darf ich dich in meinen Armen halten! Wie habe ich mich gesehnt nach dir! Nun wird meine Ausdauer doch noch belohnt! Schon seit Stunden warte ich hier! Ich hörte Lachen und Plaudern und haute meine Hoffnung auf das Fortgehen der Mädchen! Ich dachte mir, daß du sie begleiten würdest. Wäre mir auch bloß beschieden gewesen, dich einen Augenblick zu sehen, so wäre ich gleich belohnt für die Mühe des Wartens! Und nun habe ich dich wieder, ach, welch ein unerwartetes Glück!“

Lu war betäubt. Sie vermochte im ersten Augenblick kaum den Sinn seiner Rede zu fassen, so erschreckt war sie.

Aber als sie sich gefaßt hatte, war ihr erster Gedanke: Wenn jemand diese Szene beobachtete! Oder wenn eines von der Dienerschaft käme! Und wie leicht könnten die Hände den Fremden wittern und Lärm schlagen!

Alfred hielt sie fest an sich gepreßt, als wollte er sie nie mehr loslassen. Weder und wieder küßte er den zitternden Mund, bis Lu in heißer Angst riefte: „Lieber Alfred, ich kann hier nicht bleiben! Denke, wenn uns jemand sähe,

ich bitte dich, gehe jetzt! Mein Vater ist in die Stadt gegangen, er kann jeden Augenblick zurückkommen! Wenn er dich hier trafe — o mein Gott — dann wäre alles verloren!“

„Jetzt soll ich schon wieder gehen, wo ich dich kaum eine Minute in den Armen halte?“ entgegnete er schmerzlich. „Wie habe ich mich nach dir gesehnt in all diesen bangen Tagen! So kann es unmöglich weitergehen. Diese Ungewißheit ertrage ich nicht länger! Ich kann es nicht! Ich will zu deinem Vater gehen und ihm alles sagen!“

„Um alles zu verderben!“ rief Lu rasch ein. „Jetzt wäre der ungeeignete Zeitpunkt dafür! Mit kaltem Hohn würde er dir die Türe weisen und wir könnten uns nie mehr sehen! Nein, nein, das darfst du nicht, Fredy, versprich mir, es nicht zu tun! Mein Vater will mich einem andern geben, einem, den er längst für mich bestimmt hat! Beruhige dich,“ fuhr sie fort, als sie bemerkte, wie Alfred heftig zusammenzuckte, „ich werde mich schon zu wehren wissen, wenn mein Vater mit seinem Plan hervortritt! Die Mutter, die ich in aller Einweihung, versprach mir ebenfalls ihre Hilfe.“

Alfred ließ mutlos den Kopf sinken.

„Da bleibt uns wenig Hoffnung, mein Lieber! Ich kenne deinen Vater. Wer weiß, welche erzeigigen Pläne er verfolgt. Und ich, was bin ich? — Einer der nichts hat und nichts ist, der nur den ehrlichen Willen mitbringt, dich glücklich zu machen!“

„Ehrgeizige Pläne können es diesmal nicht sein, die meines Vaters Handlungsweise bestimmen, denn derjenige, den er sich zum Schwiegerjohn gewählt hat, besitzt weder Vermögen noch Rang oder Titel, er ist ebenfalls ein Angestellter der Bank, wie du! Mein Vater muß andere Gründe haben. Welche, weiß ich vorläufig noch nicht!“

Sie stieß das alles rasch hervor, sie wagte nur im Flüsterston zu sprechen, aus Sorge, gehört zu werden. Wengig läuchte sie immer wieder in den Park hinein und die Straße hinab. Aber alles blieb still.

„Ich bitte dich, geh jetzt, Fredy, ich darf nicht länger bleiben, wenn es nicht auffallen soll!“

(Fortsetzung folgt.)

legte, streifte er den Abzugsbügel und das Geschloß traf ein fähriges Kind, das sofort tot war.

Stetten O.A. Tuttingen, 21. Febr. Abgestürzt. Der Zimmermann Leo Buschle stieg die Leiter von der Oberternte herunter, glitt aus und fiel in die Scheuer hinab. Seine Verletzungen sind schwer, aber nicht lebensgefährlich.

Bausstellen, O.A. Laupheim, 21. Febr. Masern. Unter der hiesigen Kinderwelt sind in den letzten Tagen Masern und Keuchhusten so stark aufgetreten, daß die Unterklasse geschlossen werden mußte. Der Verlauf der Epidemie ist aber normal.

Kellmünz, O.A. Biberach, 21. Febr. Seinen Verletzungen erliegen. Der 20jährige Sohn Josef des Gerbermeisters Schilling, der vorletzten Montag bei der Überbrücke mit dem Fuhrwerk verunglückte, ist nun an den erlittenen Kopfverletzungen gestorben. Der Verstorbene war der einzige Sohn der Familie.

Deutschdemokratische Anfragen im Landtag. Die deutschdemokratische Fraktion hat im Landtag eine Reihe von Anfragen gestellt, die sich auf den Wohnungsbau und das Wohnungswesen beziehen. In diesen Anfragen wird verlangt die Förderung der Neubautätigkeit für das Baujahr 1926, die Aufhebung oder Ermäßigung der Gebäudeeinkommensteuer, die Vermeidung des Gesamtaufkommens dieser Steuer für Wohnungszwecke und ihre Ablieferung durch den Hausbesitzer erst dann, wenn sie vom Mieter eingezogen ist. Gefragt wird ferner nach den Erträgen der staatlichen Gebäudeeinkommensteuer. Gefordert wird fernerhin der sofortige planmäßige Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und die sofortige Herausnahme der großen Wohnungen und der Geschäftsräume aus der Wohnungszwangswirtschaft. Schließlich verlangt noch ein Antrag, daß rückwirkend vom letzten Jinstertin an die staatlichen Baudarlehen mit nicht mehr als 3 v. H. zu verzinsen sind.

Württ. Gewerbesteuerpolitik

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt:

In württembergischen Tageszeitungen wird ein Protest der württ. Lederindustrie veröffentlicht, der starke Angriffe gegen den württ. Finanzminister enthält. Hiegegen wird u. a. bemerkt: Wenn in dem Protest nachzuweisen versucht wird, daß die Lederindustrie bei gleichem Betriebskapital, bei gleicher Arbeiterzahl und bei gleichem Umsatz das Doppelte und noch mehr an Gewerbesteuer aufzubringen habe als andere Industriebetriebe, so haben sich diese rein theoretischen Vergleichszahlen in der Praxis der Gewerbesteuerveranlagung als nicht zutreffend erwiesen. In Baden, dem Hauptstamm der Lederindustrie, wurde die Gewerbesteuerveranlagung besonders sorgfältig vorgenommen. Die Fälle, in denen Rechtsmittel gegen die Veranlagung erhoben wurden, sind vereinzelt und bis auf wenige erledigt. Gerade aber bei der Erledigung dieser Rechtsmittel hat sich ergeben, daß, soweit die Gewinnergebnisse von 1924 nachgeprüft werden konnten, der steuerbare Gewerbeertrag hinter den Gewinnergebnissen zum Teil erheblich zurückgeblieben ist, sodaß von einer Vorbelastung der Lederindustrie gegenüber anderen Betrieben nicht gesprochen werden kann. Die Lederindustrie hat im Jahre 1924 gegenüber anderen Gewerbebetrieben sehr günstig abgeschnitten. Was aber das Jahr 1925 anlangt, so wurde der württ. Gewerbeverein vom Finanzministerium ausdrücklich darauf hingewiesen, daß für Gewerbebetriebe, die durch die Geschäftsstockung 1925 ganz besonders stark in Mitleidenschaft gezogen sind, der steuerbare Gewerbeertrag für die Restzeit bis zum 31. März 1926 durch die Gemeindebehörde von Amts wegen oder auf Antrag des Steuerpflichtigen anderweitig festgesetzt werden kann. Es ist daher den einzelnen Gewerbebetrieben selbst überlassen, Schritte zur Ermäßigung ihres Gewerbesteuerkapitals für 1925 zu unternehmen. Eine Neufeststellung des Gewerbesteuerkapitals für 1925 ist Sache der Gemeinde. Wie bei dieser Sachlage davon gesprochen werden kann, daß „diktatorischer, willkürlicher und rücksichtsloser niemals irgend eine Regierung in den Deutschen Ländern vorgegangen“ sei, ist eine Ungeheuerlichkeit, die sich nach dem Ausgeführten von selbst richtet.

Württemberg ist das einzige deutsche Land, das durch das Landessteuergesetz 1925 mit dem System der Gewerbesteuer Vorauszahlungen, und zwar mit Rückwirkung vom 1. Januar 1924 ab gebrochen hat und zu einer ordentlichen Gewerbesteuerveranlagung übergegangen ist, in der Absicht, dem Ziel einer gerechten, im ganzen Land gleichmäßigen und einheitlichen Besteuerung der Gewerbebetriebe möglichst nahe und auf dem Weg zur Ordnung der Finanzen von Staat und Gemeinden recht erheblich vorwärts zu kommen. Der Grundgedanke des Gesetzes ist im Landtag von keiner Seite, die Kommunisten ausgenommen, angefochten worden. Die Gewerbesteuer, die zurzeit in Württemberg auf Grund des neuen Katalogs bezahlet wird, ist so ziemlich die niederste in allen deutschen Ländern. Gerade gegen das System dieser Vorauszahlungen ist die Industrie aufs stärkste Sturm gelaufen und dieses System ist in Württemberg durch das genannte Gesetz verlassen worden. Es ist deshalb als eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit zu bezeichnen, wenn in dem Protest davon gesprochen wird, daß die württ. Regierung noch heute mit dem System der Vorauszahlung „in kläglichster Weise weiterwüßte“.

Das Landessteuergesetz vom 28. April 1925 läuft am 31. März 1926 ab. Das neue Gesetz — es mag beschaffen sein, wie es will — wird immer mindestens an zwei Grundlagen anknüpfen müssen, den Ertrag und das Betriebsvermögen. Nun sind aber die Einkommensteuer- und Körperschaftsteuer, sowie die Vermögenssteuerveranlagungen für das Rechnungsjahr 1925 erst eingeleitet; ein klares Bild über die künftige Gestaltung der Gewerbesteuer kann daher erst gewonnen werden, wenn diese Veranlagungen durchgeführt sind. Eine gewerbesteuerlose Zeit tritt aber am 1. April 1926 deshalb in Württemberg nicht ein, weil die für ein Rechnungsjahr festgestellte Steuer bis zur Feststellung der Steuer des folgenden Rechnungsjahres als Vorauszahlung (Abzugszahlung) auf die weiterzukommende ist. Durch eine verspätete Verabschiedung des neuen Gewerbesteuergesetzes verkehren somit weder Regierung noch Landtag, ihre Pflichten der Wirtschaft gegenüber. — Die Angriffe des Verfassers dieses Protestes, der das Ineinander- und Aufeinanderwirken der verschiedenen Steuern, die Steuersysteme der verschiedenen Länder und vor allem das württ. Gewerbesteuerrecht nicht kennt, fallen hienach in nichts zusammen.

Baden

Mannheim, 21. Febr. In einer Wirtschaft in Rheinau zog sich am Dienstagabend ein 19 J. a. Arbeiter Brandwunden im Gesicht zu. Er trug als Wasse einen künstlichen Vollbart. Ein anderer Gast kam ihm mit einem brennenden Streichholz zu nahe, so daß der Bart Feuer fing. Die erlittenen Brandwunden waren derart, daß der Verletzte mit

dem Sanitätsauto in das allgemeine Krankenhaus überführt werden mußte.

Willingen, 21. Febr. Das langjährige Mitglied des bad. Landtags Schlossermeister Ignaz Börlacher vollendet am Montag, 22. Febr., sein 60. Lebensjahr. Er ist geborener Willinger. Dem bad. Landtag gehört Börlacher seit über 20 Jahren, und zwar seit dem Jahr 1905, an. Er ist somit eines der ältesten Mitglieder der Zentrumsfraktion.

Schiltach (bei Wolfach), 21. Febr. Ein einstöckiger Fachwerkbau in nächster Nähe der „Oberen Säge“ ist durch Feuer zerstört worden. Beträchtliche Vorräte sind mitverbrannt. Der Schaden wird auf etwa 8000 M. geschätzt.

Wahlwies bei Stockach, 21. Febr. Donnerstagabend brach in der Scheune des Handelsmanns Hannig auf noch unaufgeklärte Weise Feuer aus, das in den vorhandenen Vorräten reichlich Nahrung fand. Die Scheune samt dem angebauten Dreifamilienhaus wurden innerhalb kurzer Zeit ein Raub der Flammen. Die bedauernswerten Familien kommen in große Not, da sie zum Teil sehr schlecht versichert sein sollen, und von ihrer Habe wenig retten konnten.

Freiburg i. Br., 21. Febr. Unter großer Anteilnahme der Bevölkerung kam der Fall Pfaff vor dem Schwurgericht zur Verhandlung. Dem noch unvorbestraften und vorzüglich beleumundeten 30jährigen Angeklagten, der von Veru Kaufmann war, wird das schwere Verbrechen des Giftmordversuchs zur Last gelegt. Der Angeklagte hat seiner Ehefrau in Zeit von acht Wochen fast täglich Atropin beigebracht. Nach einiger Zeit bemerkte die Frau, daß das ihr beigebrachte Mittel für sie schädlich sei und trennte sich von ihm. Sie erstattete daraufhin Anzeige. Das Gericht erkannte auf eine Zuchthausstrafe von drei Jahren und fünf Jahren Ehrverlust; vier Monate Untersuchungshaft wurden ihm an gerechnet.

Vom Bodensee, 19. Febr. Aus der Römerzeit. In der Nähe des Rheins bei Schaffhausen wurden die Überreste einer römischen Ansiedlung, etwa aus der Zeit 350 nach Christi Geburt, gefunden, bestehend aus einer alten Höhlenwohnung mit Feuerstätte, noch gut erhaltenen Gräbern mit Knochengestirben, Tongefäßen, Steinwaffen und Steinwerkzeugen. Die Ansiedlung befindet sich an der Stelle, wo vor vielen Jahren der Rheinstrom floß, ehe er sein heutiges Bett fand.

Soziales.

Wildbad, 22. Febr. 1926.

Verleihung. Der Gesamtvorstand der Landesversicherungsanstalt Württemberg hat dem Verwalter des Krankenhauses Wildbad, Herrn Johannes Staudenmaier, in Anerkennung der treuen und vorzüglichen Dienste, die er in 25 Jahren der Landesversicherungsanstalt geleistet hat, den Titel eines Inspektors verliehen.

Rundfunk. Einige hiesige Funkfreunde hatten am Donnerstagabend alle Liebhaber des Rundfunks in die angenehm erwärmten Räume des Café Winkler geladen zum Zweck der Gründung einer „Vereinigung der Funkfreunde“. Nachdem sich hier mehr als 20 Rundfunkhörer befanden, ist es nötig geworden, eine derartige Vereinigung ins Leben zu rufen, die es sich zur Aufgabe stellt, die theoretischen und prakt. Kenntnisse ihrer Mitglieder durch geeignete Vorträge und Bastelarbeiten zu vertiefen und auszubauen. — Auf einem besonderen Tisch war ein von Herrn Philipp gut durchkonstruierter Schulpapparat und verschiedene von Bastlern gebaute Empfangsgeräte zu sehen. — Punkt 8 Uhr zeigte der Klang der Westminster-Uhr in London, wiedergegeben von verschiedenen im Saal verteilt aufgestellten Lautsprechern, an, daß die von Herrn Karl Aberle gebaute und bediente Anlage gut funktioniert. Eine längere Pause sollte allen denen, die noch kommen wollten, Gelegenheit geben, dies ohne Störung zu tun. — Sodann gab Herr Karl Aberle einen Ueberblick über das Rundfunkwesen, insbesondere über die Art der Erzeugung der Rundfunkwellen und deren Aufnahme in der Empfangsapparatur. Er wies darauf hin, daß nach Fertigstellung des im Bau begriffenen neuen Senders es auch hier möglich sei, diesen Sender mit ganz einfachen Apparaten (Detektor) zu empfangen, und daß dann die Zahl der Bastler stark zunehmen werde. Man erhielt interessante Aufschlüsse über Lautsprecher, Störungen, Fadingeffekt. Herr Aberle hat es ganz vorzüglich verstanden, mit wenigen, klaren Worten allen Zuhörern das Wesentliche des Rundfunks näher zu bringen. Zum Schluß dankte der Redner im Namen aller Anwesenden Herrn Postinspektor Maier, der sich zur Uebernahme der Vorstandschäft bereit erklärt hatte. Herr Postinspektor Maier sprach über die Ziele der Vereinigung. Es ist nötig, daß jeder Rundfunkteilnehmer sich über die technischen Funktionen seines Apparats klar wird. Denjenigen, die sich selbst einen Apparat bauen wollen, wird der Verein mit Rat und Tat an die Hand gehen. Wichtig sei der Austausch der Erfahrungen, eventuelle Wünsche gegenüber der Sendegesellschaft wird der Verein vertreten. Gegen Störungen durch Rückkoppler müsse im Interesse aller Rundfunkteilnehmer vorgegangen werden. Den Schluß bildete die Aufforderung an alle Anwesenden, sich möglichst zahlreich dem zu gründenden Verein anzuschließen, damit dieser in der Lage sei, etwas leisten zu können.

Eine zur Eintragung zirkulierende Liste ergab die nötige Anzahl Mitglieder, so daß die Vereinigung gesichert ist. — Die nun folgenden praktischen Vorführungen einer Reihe von Stationen wie Berlin, London, Hamburg u. s. w. gaben ein Bild der Empfangsmöglichkeiten. Der Süddeutsche Rundfunk in Stuttgart, der wohl von der Zukunftsmusik gehört hatte, ließ es sich nicht nehmen, die im Café Winkler versammelten Funkfreunde zu begrüßen, und ein hiesiger Rückkoppler, der der Veranstaltung ferngeblieben war und sich auf mehreren Wellenlängen produzierte, führte den Anwesenden die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses vor Augen (Ohren), um derartige Störer auszuschalten.

Auch die Krankenkassen-Sozialisierung. Neuerdings wird vielfach geklagt, daß die Ortskrankenkassenverbände sich als Erwerbsgesellschaften aufspielen und alle möglichen Geschäfte zur Schädlung des schaffsten Handels betreiben. Begünstigt wird die Tätigkeit durch eine Lücke im Gesetz, das den Trägern der Krankenfürsorge die private Erwerbsfürsorge nicht ausdrücklich verbietet. Diese Lücke soll jetzt

durch einen in Vorbereitung befindlichen Antrag im Reichstag geschlossen und den Krankenkassen ein Riegel zur Verhinderung von Erwerbsgeschäften vorgeschoben werden.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Beförderung. Oberst Riechhammer, Infanterieführer I, früher Kommandeur des 13. (Württ. Infanterie-Regts. (Ludwigsburg) wurde zum Generalmajor befördert.

Ernennungen. Der Staatspräsident hat den Amtsgerichtsrat Breuchs in Ehingen zum Amtsgerichtsdirektor in Göppingen, und den Amtsgerichtsdirektor in Heilbronn, die Oberamtsrichter von Baur-Breitenfeld in Langenburg und Bülow in Riedlingen zu Amtsgerichtsräten auf ihren bisherigen Stellen und den Amtsrichter Hartmann in Wangen zum Landgerichtsrat in Tübingen ernannt.

Ernstes Hochwassergefahr. In Hanau ist infolge der starken Niederschläge der letzten Tage die Rinne über die Ufer getreten. Das Dorf Hirtheim bei Gelnhausen ist von der Staatsbahn abgeschnitten. Auf dem Main hat sich infolge des Sturms ein mit 37 000 Zentner Weizen beladener Kahn von den Ankern losgerissen. Er trieb mit solcher Gewalt gegen die Pfeiler der Frankfurter Eisenbahnbrücke, daß er fast wurde und sofort sank. Die Schiffmannschaft konnte gerettet werden.

Gefallenen-Gedenktafel. Anlässlich der Enthüllung von zwei Marmorgedenktafeln, die die Namen von 222 gefallenen Angehörigen des Sanitätsoffizierskorps der Kaiser-Wilhelm-Akademie tragen, fand in Berlin in der ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Akademie eine Gedenkfeier statt, an der neben zahlreichen ehemaligen Kameraden und Angehörigen der Gefallenen General von Seeadt, der Reichswehrminister und der Reichsarbeitsminister teilnahmen.

Verurteilung wegen fahrlässiger Tötung. Das Schöffengericht Berlin-Wedding verurteilte den Wächermacher und biochemischen Berater Otto Schlef wegen fahrlässiger Tötung eines Kindes infolge einer Behandlungsmethode zu drei Monaten Gefängnis. Das Urteil nahm an, daß durch das Verhalten des Angeklagten der Tod des Kindes verursacht worden sei. Bei der Beschäftigung des Kindes, das der Vater auf Veranlassung des Angeklagten aus dem Krankenhaus geholt hatte, mußte er die Gefahr erkennen. Nachdem er mit unschädlichen Mitteln das Kind behandelt hatte und trotzdem eine Verschlimmerung eingetreten war, hätte er die Pflicht gehabt, zu der von den Ärzten dringend geratenen Operation das Kind nach dem Krankenhaus zurückzuschicken.

Die Zeitungen des neuen Deutschland. Eines der Seminararien der Hamburger Universität, das sich mit Zeitungskunde befaßt, hat eine Statistik über die deutschen Presseorgane herausgegeben. Deutschland verfügt heute nur noch über 3252 Zeitungen. Es hat durch Gebietsverluste und durch die wirtschaftliche Länge eine große Anzahl von Zeitungen eingebüßt. Nach der Statistik sind portellos 1578 = 48,6 v. H. (ohne Angabe); amtlich 197 = 6,1 v. H.; national, rechtsstehend, vaterländisch 341 = 10,5 v. H.; Zentrum 315 = 9,7 v. H.; bürgerlich 154 = 4,7 v. H.; sozialdemokratisch 155 = 4,7 v. H.; Bayerische Volkspartei, liberalistisch 104 = 3,2 v. H.; demokratisch, republikanisch 111 = 3,4 v. H.; deutschnational 85 = 2,6 v. H.; volksparteilich 62 = 1,9 v. H.; liberal, mittelparteilich 56 = 1,7 v. H.; agrarisch, gewerblich 33 = 1,0 v. H.; kommunistisch 34 = 1,0 v. H.; völkisch 15 = 0,5 v. H.; nationale Minderheiten 12 = 0 v. H.

Ein Rembrandt nach Amerika verkauft. Einer Neuerung aus New York zufolge wurde das berühmte, dem schwedischen Grafen Wachtmeister gehörende Bild Rembrandts „Portrait eines jungen Mannes“ für 410 000 Dollar nach Amerika verkauft.

Millionenbetrag eines Rittergutsbesizers. In Neuwaldau (Schlesien) wurde der Millionenkreditwindel eines Rittergutsbesizers Bergner und seiner Ehefrau aufgedeckt. Letztere wurde dem Saganer Amtsgerichtsgefängnis zugeführt, während der Ehemann nach der Schweiz entflohen sein soll. Nicht weniger als 160 Haftbefehle sind gegen des Ehepaar erlassen worden.

Geschloßexplosion. Ein Soldat fand in Belgrad ein Geschloß, das aus der Zeit der Beschießung der Festung Belgrad stammte und infolge unvorsichtiger Behandlung explodierte. Dabei wurden drei Offiziere und vier Soldaten verwundet, darunter auch ein Leutnant, der für die Außerachtlassung der vorgeschriebenen Vorsichtsmaßnahmen verantwortlich war und darum auf der Stelle Selbstmord beging.

Schiffsbrand. Aus Brest wird berichtet, daß der Dampfer Troise den von Batavia kommenden holländischen 500 Tonnenschiffdampfer Booten, der Tabak und Öl geladen hatte, brennend in die Reede von Brest schleppte. Seit 20 Stunden wütet in den Lagerräumen des Booten ein Feuer, dessen man noch nicht Herr werden konnte. Der Dampfer Booten hatte 58 Mann Besatzung, darunter 24 Kinder an Bord.

Verhaftung internationaler Verbrecher. Das Sicherheitsbüro in Wien erhielt die Nachricht, daß der berühmte Hochstapler Armand Schwob, der seit fast einem Vierteljahrhundert von fast allen Polizeiverwaltungen Europas und Americas gesucht wird und zuletzt aus Berlin unter Hinterlassung von Verbindlichkeiten im Betrage von etwa 1/2 Million Goldmark geflüchtet war, in Fiume verhaftet wurde. — Ein internationaler Bantdieb, der sich Dimitri Schwizkentsko nennt und Mitglied der Bande sein dürfte, die seit Jahren in Europa viele Bantdiebstähle und Ueberfälle auf Kassenboten verübte, wurde in Wien auf frischer Tat festgenommen.

Rettung auf hoher See. Der japanische Dampfer „Arrow“ wurde durch Funtspruch, daß er 13 Mann der Besatzung des japanischen Dampfers „Tatschin Maru“ 1400 Kilometer von Yokohama entfern rettet. Das Schiff trieb seit einem Monat infolge des Sturms auf dem Meer. 19 Mann der Besatzung, die sich am 8. Februar in Booten entfernt hatten, werden als verloren angesehen.

Für solche, die zu viel Zeit haben. Ein junger Norweger in Stabäl, der anscheinend nichts anderes zu tun hat, hat sich die Zeit genommen, festzustellen, wie schnell sein Bart wächst und hierüber gefunden, daß das Wachstum des Barts in einer Woche ganze 3,5 Millimeter beträgt, was einem Wachstum von 0,020823 Millimeter in der Stunde oder 0,000007787 Millimeter in der Sekunde entspricht. Außerdem hat er die Wissenschaft auch um die Kenntnis bereichert, daß es ganze 5495 Jahre dauern würde, bis sein Bart, wenn er immer mit derselben Schnelligkeit weiterwachsen würde, eine Länge von einem Kilometer erreichen würde. . . . Ob die errechneten Ziffern richtig sind, wissen wir nicht, wer aber an der Richtigkeit zweifelt, kann sich ja die Mühe machen, sie nachzuprüfen, schreibt das norwegische Blatt, dem der junge Gelehrte seine Beobachtungen mitgeteilt hat.

Vom Zug erfasst. Bei Dübelling (Luxemburg) wurde ein Postauto beim Durchfahren einer offenstehenden Bahnschranke von einem Personenzug erfasst und völlig zertrümmert. Der Autoführer wurde erheblich verletzt; sein Zustand ist hoffnungslos. Einem Begleiter wurde der Kopf vom Rumpf getrennt. Der Bahnwärter wurde wegen Nachlässigkeit verhaftet.

Hungerstreik im Gefängnis. Im Krakauer Gefängnis sind die politischen Häftlinge in einen Hungerstreik eingetreten. Veranlassung dazu gab der Tod eines Mitgefangenen, von dem die Häftlinge behaupten, daß er keines natürlichen Todes gestorben sei.

Verbrecherjagd in Thorn. Im Hotel Adler in Thorn erschienen zwei elegante junge Leute, wegen deren auffälligen Benehmens die Polizei benachrichtigt wurde. Bei Erscheinen der Polizei töteten die beiden Unbekannten einen Polizisten und verwundeten zwei andere durch Revolvererschüsse schwer. Darauf entflohen sie in einem Wagen in der Richtung nach Bromberg, wobei sie weitergeschossen und noch zwei Frauen verwundeten. Zur Verfolgung wurde Militär alarmiert und die Polizei verstärkt. Trotzdem sollen die Verbrecher gekommen sein.

Erzbischof Cieplak †. In Boffate (New Jersey) verstarb der polnische Erzbischof von Wilna Cieplak, den die Russen im März 1923 zum Tod verurteilten, weil er in Minsk Kirchenhäuser versteckt hatte.

Ein Lawinenunglück in Amerika. Eine niedergebende Lawine begrub in dem Bergwerksrevier von Bingham mehrere Häuser einer Ortschaft unter Schnee und Geröll. 50 bis 100 Einwohner wurden verschüttet. Man fürchtet, sie nicht mehr rechtzeitig retten zu können. Bis jetzt wurden 15 Tote aus den Trümmern zerstörter Gebäude geborgen.

Das Lawinenunglück in Amerika. Nach einer Meldung des "New York Herald" aus Saltlake-City sind bei den Nachforschungen nach den Opfern des Lawinenunglücks bis jetzt 33 Leichen geborgen worden. Ueber 50 Personen werden noch vermisst.

Zugzusammenstoß. Bei Chamberg in der Nähe von Paris stieß am Mittwoch im dichten Nebel ein vollbesetzter Personenzug mit einem haltenden Güterzug zusammen. Es gab 40 Verwundete, darunter 7 Schwerverletzte.

Die Waldbrände in Australien noch nicht gelöscht. Die furchtbaren Busch- und Steppenbrände dauern noch an. Die Bevölkerung wartet angstvoll auf Regen, von dem man hofft, daß er das Feuer löscht. Der Wert der in der Provinz Victoria zerstörten Sägemühlen beträgt 300 000 Pfund Sterling.

Handel und Verkehr

Berliner Dollarkurs, 20. Febr. 4.20.

Dollarscheine 90.25.

Kriegsanleihe 0.395.

Frans. Franken 136.5 zu 1 Pf. St., 28.10 zu 1 Dollar.

Berliner Geldmarkt, 20. Febr. Tägl. Geld 5—5.5 v. H., Monatsgeld 6.5—8 v. H., Warenwechsel 6.75 v. H., Privatdiskont 5.25 v. Hundert.

Eine Dachgesellschaft jüdischer Textilunternehmer. Unter der Firma Kolbermoor-Union AG. wurde von den unter Führung der Baumwollspinnerei Kolbermoor zusammengeschlossenen jüdischen Textilunternehmern eine Dachgesellschaft mit einem Aktienkapital von 500 000 M. errichtet, die zur Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten dieser Gesellschaft bestimmt ist. Sie beabsichtigt auch einige Aktienpakete der Gesellschaften zu erwerben, sowie Schuldverschreibungen auszugeben.

Zum neuen Frankenskurz. Das neue Gellen des Franken wird in der Presse viel beachtet. Der City-Korrespondent der "Westminster Gazette" schreibt, die neue politische und finanzielle Krise in Frankreich habe nicht nur die Inhaber von Franken im Ausland nervös gemacht, die Franzosen verfluchten jetzt ihr Geld in stabileren Währungen anzulegen.

Betriebsstilllegung bei Krupp. Die Kruppische Zehnerverwaltung beabsichtigt, die Feste Hannibal II. in Eitel wegen Abnahmangels stillzulegen. Infolge Betriebsstilllegung bzw. Einschränkung ist die gesamte Arbeiterzahl der Firma Krupp auf 20 000 zurückgegangen.

*

Stuttgarter Börse, 20. Febr. Die Börse verkehrte in ruhiger Haltung bei geringen Umsätzen. Die Kurse haben wenig Veränderungen aufzuweisen. Im großen und ganzen bleibt man behauptet. Auf dem Markt der Festverzinslichen lagen Proz. Reichsanleihe schwächer, erholten sich aber zum Schluß wieder auf 0.395. Württ. Staats-Anleihen schwächten sich ebenfalls weiter ab. Vorkriegs- und Goldpfandbriefe waren ohne wesentliche Veränderungen. Am Aktienmarkt hatten die Werte im allgemeinen die gleiche ruhige und lustlose Haltung.

Württ. Vereinsbank, Filiale der Deutschen Bank.

Berliner Getreidemarkt, 20. Febr. Weizen märk. 24.3, Roggen 14.1—14.8, Sommergerste 16.6—16.9, Wintergerste 13.7—15.3, Hafer 15.2—16.2, Weizenmehl 32—35.25, Roggenmehl 21.25 bis 23.25, Weizenkleie 10.25—10.50, Weizenkleie 9.20.

Märkte

Schweinepreise. Blausfelden: Milchschweine 36—43 M. — Creglingen: Milchschweine 35—42 M. — Ellwangen: Saugschweine 35—45 M. — Gaildorf: Milchschweine 26—42 M. — Gerabronn: Milchschweine 32—42 M. — Sigmaringen: Milchschweine 35—45 M. — Winnenden: 30 bis 42 M. Läufer 55—80 M. das Stück.

Fruchtpreise. Großheim: Weizen 11, Kernen 12.70 M. — Rürtingen: Weizen 12.50—12.80, Gerste 11, Haber 9.50 bis

9.85, Unterländer Dinkel 9.40—9.75 M. — Winnenden: Weizen 11.80—12, Haber 8.50—9, Gerste 9.70—10, Roggen 9.60—10 Markt der Feinmer.

Chlingen, 17. Febr. Baummarkt. Der Baummarkt hat nun wieder begonnen und wird bis auf weiteres Mittwoch und Samstag stattfinden. Die Zufuhr war reichlich, hauptsächlich von Weilheim her, der Absatz aber ganz gering; die Bitterung sei noch nicht günstig für den Baumtag. Kiefern- und Birnbäume galten 2—2.50, Zweifelhigen und Kirschen 1—1.30, Zwergebäume 1—1.50 M.

Holzpreise. Beim Holzverkauf des Forstamts Bebenhausen wurden bezahlt für eichene Spalter. 32—34, eichene Scheiter 16—17 M. eich. Anbruch 10—11 M., buchene Scheiter 19—20.50 M., buch. Klotzholz 16—17 M., Nadelholz, Anbruch 9—11 M., buch. Anbruch 13—14 M. — Beim Holzverkauf in Bildechingen O. Horb wurden sehr hohe Preise bezahlt. So galt ein Raummeter schönes Forchholz bis zu 25 M. Reiswellen kamen das Stück bis auf 1 M. — In Dürbheim O. Spaichingen wurden für Buchenscheiter 22, Buchenprügel 18, Tannenholz 12 M. pro Raummeter, 100 buchene Reiswellen bis 49 M. bezahlt. — In Herrenberg wurden beim Brennholzverkauf aus dem Stadtwald für buchene Scheiter 26.50, buchene Prügel 23.50, buchene Klotzholz 24.50, für 100 buchene Wellen 57 M. bezahlt. — Das Gräf. Büdlerische Forstamt in Gaildorf brachte 700 Raummeter Brennholz zum Ausbot. Erlöst wurden für buchene Scheiter 18.20, buch. Klotzholz 16.20 und für Nadelholz 11.20 M. In Holzellingen O. Reutlingen kosteten buchene Scheiter 18—20, Klotzholz 12—14, Prügel 11.50—12.50 M. und Anbruch 9—10 M. Ein Preisrückgang machte sich nicht bemerkbar.

Devisenkurse in Reichsmark

Perlin	19. Februar	20. Februar	
		Geld	Brief
Holland	100 Guld.	168.09	168.51
Belgien	100 Fr.	19.07	19.11
Norwegen	100 Kr.	87.71	87.93
Dänemark	100 Kr.	108.68	108.96
Schweden	100 Kr.	112.25	112.53
Italien	100 Lira	16.88	16.92
London	1 Pfd. Sterl.	20.493	20.455
New York	1 Dollar	4.195	4.205
Paris	100 Fr.	14.96	15.—
Schweiz	100 Fr.	80.77	80.75
Spanien	100 Pseta	59.18	59.27
D. Osterr.	100 Schill.	59.04	59.18
Prag	100 Kr.	12.415	12.455
Ungarn	100 000 Kr.	5.872	5.892
Argentinien	1 Peso	1.711	1.715
Losio	1 Yen	1.932	1.938
Danzig	100 D. Guld.	90.90	91.10

Das Wetter

Der Tiefdruck im Norden bewahrt der Witterung ihren unbedingten Charakter. Für Dienstag ist mehrfach bedecktes und auch zu zeitweiligen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.



Damen- und Mädchen-Bekleidung

Mäntel, Kostüme, Tailleurkleider, Röcke, Blusen

C. Berner-Pforzheim

Verkaufsräume parterre und eine Treppe hoch.

ECKE METZGER
6 BLUMENSTRASSE

Änderung der Kraftfahrzeug-Vorschriften.
Auf die am Rathaus angeschlagene Bekanntmachung des Oberamts Neuenbürg vom 12. Januar 1926, betreffend Änderung der Kraftfahrzeugvorschriften, wird zur Beachtung hingewiesen.
Wildbad, den 20. Februar 1926.
Stadtschultheißenamt.

Turnverein Wildbad.
Für die am Samstag hier eintreffenden Turnertinnen aus Schwenningen werden noch eine Anzahl Quartiere benötigt. Diejenigen Mitglieder, welche bereit sind, sie unterzubringen, wollen dies bei Vorstand W. Fahrbach und Kassier W. Vott anmelden.
Der Turnrat.

Hohe, regelmäßige Verdienstmöglichkeit!
Für ein unübertroffenes Fußbodenreinigungsmittel wird ein bei Behörden, Hotels usw. gut eingeführter Vertreter gegen hohe Provision gesucht. Off. mit Referenzen unter Nr. 1085 an Herzo, Gießen.

Hämorrhoiden
werden nach den neuesten Erfahrungen nicht mehr mit Salbe und dergleichen, sondern auf ganz natürlichem Wege und verblüffend einfach, mit ganz geringen Kosten, ohne Schmerzen beseitigt.
Kostenlose Auskunft gibt
Sanitas-Depot, Charlottenburg 5
Abteilung: H 470

2—3 Wagen
D u n g
zu kaufen gesucht.
Angebote an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Ev. Kirchenchor.
Heute keine Singstunde
Der Dirigent.



ES
STEHT
FEST

DASS DIE ZEITUNGS-
ANZEIGE DAS WIRKSAMSTE
WERBEMITTEL IST

Wir suchen
einen zuverlässigen Herrn, für dessen Wohnort mit größerem Umkreis sofort eine Filiale errichtet wird. Beruf und Wohnort unerlei. Dauerndes Einkommen von Mk. 300 monatlich. Bewerber hätte unter Leitung der Direktion die Filiale zu führen, insbesondere die Warenverteilung (kein Laden) in dortiger Gegend zu besorgen. Gegenwärtiger Beruf kann beibehalten werden. Bewerbung unter „Filiale Nr. 3122“ an Ala Haasenstein & Vogler, Nürnberg.

Bei Husten, Heiserkeit, Verklebung der Atmungsorgane wirkt prompt und sicher
Wörishofener
Hustenfeind
Niederlage:
Med.-Drogerie A. & W. Schmit.

2 moderne Kleiderschränke, zerlegbar, preiswert zu verkaufen.
Zu erfragen bei der Tagblatt-Geschäftsstelle.

Geld-Lotterie
zugunsten des Reichsdeutschen Blindenvereins
Ziehung am 19. und 20. März 1926
Preis des Loses 3.30 Mark
Höchstgewinn 60000 Mark
Zu beziehen durch die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Die praktischen Lohnkarten und Steuerverrechnungskarten für Handwerksmeister u. sonstige Gewerbetreibende unentbehrlich sind wieder zu haben.
Tagblatt-Geschäftsstelle.